

Glossar

zur transnationalen
Zusammenarbeit



Abschlussbericht	Dokument, das am Ende eines <u>Projektes</u> die Ergebnisse zusammenfasst und dokumentiert.	<i>final report</i>
Alpenraum	Der Alpenraum ist einer der sechs <u>transnationalen</u> Interreg B- <u>Programmräume</u> mit deutscher Beteiligung. Weitere Programmräume sind der <u>Donauraum</u> , <u>Mitteleuropa</u> , <u>Nordwesteuropa</u> , der <u>Nordseeraum</u> und der <u>Ostseeraum</u> . Der Alpenraum besteht aus Regionen in Deutschland, Frankreich, Italien Liechtenstein, Österreich, der Schweiz und Slowenien. In Deutschland sind es die Regierungsbezirke Freiburg, Oberbayern, Schwaben und Tübingen.	<i>Alpine Space Programme (ASP)</i>
Antragsformular	Erforderliches Grundlegendokument für die Beantragung von Fördermitteln. Es enthält den Projektplan und beschreibt, wie das <u>Projekt</u> umgesetzt wird. Das Format und die erforderliche Anlagen sind in jedem <u>Raum</u> vorgegeben.	<i>application form</i>
Aufhebung der Mittelbindung (N+3)	Eine Aufhebung der Mittelbindung von der Europäischen Kommission tritt ein, wenn die Fördermittel nicht innerhalb von drei Jahren nach dem Zeitpunkt der Bewilligung (n + 3-Regel) verwendet werden. Verzögerungen auf Projektebene können Auswirkungen auf die für das Programm zugewiesenen <u>EFRE-Mittel</u> haben.	<i>decommitment of funds (N+3)</i>
Aufruf	Siehe <u>Projektaufruf</u>	<i>call</i>
Ausgabenkontrolle	Siehe <u>Kontrolle auf der ersten Ebene</u> und <u>Kontrolle auf der zweiten Ebene</u>	<i>control of expenditures</i>
BBSR	Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Es berät die Bundesregierung bei Aufgaben der Stadt- und Raumentwicklung sowie des Wohnungs-, Immobilien- und Bauwesens. Im Fall von Interreg B berichtet das BBSR direkt an das zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Eine der Kernaufgaben des BBSR ist das Management sowie die fachliche Betreuung verschiedener Ressortforschungs- und Förderprogramme. Das BBSR unterstützt die <u>transnationale Zusammenarbeit</u> u. a. durch Mitwirkung an der Erarbeitung der gemeinsamen <u>Programme</u> sowie Ergebnistransfer und Öffentlichkeitsarbeit. Es vertritt den Bund in den Entscheidungsgremien der Programme und ist dadurch an der Projektauswahl für Interreg B beteiligt.	<i>BBSR</i>

Begleitausschuss	Das Gremium, das die Entscheidungen des <u>Kooperationsraums</u> trifft. Mitglieder sind zwei bis drei Vertreter der teilnehmenden Mitgliedsstaaten. In vier der sechs <u>Programmräume</u> mit deutscher Beteiligung (<u>Alpenraum</u> , <u>Donauraum</u> , <u>Mitteleuropa</u> und <u>Ostseeraum</u>) entscheidet der Begleitausschuss auch über Projekte. In <u>Nordwesteuropa</u> und im <u>Nordseeraum</u> wurde dazu ein separater <u>Lenkungsausschuss</u> eingesetzt. Europäische Kommission und <u>Verwaltungsbehörde</u> nehmen als Beobachter teil. Der Ausschuss entscheidet im Konsens.	<i>Monitoring Committee (MC)</i>
Begünstigter	Begünstigter ist die Einrichtung des öffentlichen oder privaten Rechts, die mit der Initiierung und Durchführung von Vorhaben betraut ist	<i>beneficiary</i>
Beihilfe	Staatliche Beihilfe ist eine finanzielle Zuwendung einer (nationalen, regionalen oder lokalen) Behörde unter Verwendung öffentlicher Mittel, um bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige zu begünstigen. Siehe auch <u>De minimis</u>	<i>state aid</i>
Berichtszeitraum	Der Zeitraum, in dem Projektausgaben fällig sind, die in dem jeweiligen Finanzbericht nachzuweisen sind. Jedes Projekt muss über die Ausgaben in regelmäßigen Finanzberichten berichten, um eine <u>EUKofinanzierung</u> zu erhalten. Der Zeitraum, auf den ein Finanzbericht sich bezieht, ist der Berichtszeitraum.	<i>reporting period</i>
Bescheinigung der Förderfähigkeit der Ausgaben	Eine schriftliche Bestätigung darüber, dass die Ausgaben förderfähig und im Sinne des Projektes eindeutig begründet und damit für die EFRE-Kofinanzierung geeignet sind. Jeder Projektpartner muss seine Ausgaben durch eine autorisierte Stelle (<u>First Level Control</u>) zertifizieren lassen, die die Bescheinigung der Förderfähigkeit der Ausgaben ausstellt. Die Bescheinigung der Ausgaben muss zusammen mit einem entsprechenden <u>Fortschrittsbericht</u> (Progress Report) vorgelegt werden.	<i>Certification of Expenditures (CoE)</i>
Bewilligungsbescheid	Benachrichtigung über den Förderentscheid eines Projektes, die bestätigt, dass das Projekt für Förderung ausgewählt wurde und umgesetzt werden kann.	<i>grant offer letter</i>
Budgetkategorie	Siehe <u>Budgetlinie</u>	
Budgetlinie	Eine Gruppe, in der die Kosten eines Projektes nach Kostenart (<u>Personalkosten</u> , Reisekosten, administrative Kosten, <u>Investitionen</u> , externe Aufträge) zugewiesen werden. Im Projektbudget müssen die Kosten in den verschiedenen Budgetlinien geplant werden und in der Umsetzung des Projektes muss dieser Rahmen berücksichtigt werden.	<i>budget line</i>

Bundesprogramm „Transnationale Zusammenarbeit“	Das Bundesprogramm unterstützt mit nationalen Mitteln <u>Interreg B</u> -Projekte mit thematischen und räumlichen Schwerpunkten von besonderem Bundesinteresse. Neben der finanziellen Unterstützung werden Projekte in einen übergeordneten strategischen und politischen Rahmen eingebunden. Damit wird sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene breite Aufmerksamkeit für territoriale Zusammenarbeit geschaffen. Das Bundesprogramm fördert die Vorbereitung von <u>Interreg B</u> -Projekten und/oder die <u>Kofinanzierung</u> deutscher Partner.	<i>Federal Programme for Transnational Cooperation</i>
Call	Siehe <u>Projektaufruf</u>	
Cashflow	Indikator für den tatsächlichen Zahlungsverkehr, die gegenübergestellten Einzahlungen und Auszahlungen in einer betrachteten Periode.	<i>cash flow</i>
De-minimis-Höchstbeträge, De-minimis-Beihilfe	Eine Regel im EU-Beihilferecht, die eine Ausnahme von staatlichen Beihilfen an Unternehmen definiert. Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) müssen staatliche Beihilfen bei der Europäischen Kommission angemeldet werden, damit die Vereinbarkeit der geplanten Beihilfe mit dem gemeinsamen Markt gewährleistet ist. Bestimmte Gruppen von Beihilfen können jedoch von der Anmeldepflicht freigestellt werden. Die De-minimis-Regel wurde eingeführt, um geringfügige Zuschüsse von der Anmeldepflicht zu befreien. Beihilfen, die für einen Zeitraum von drei Jahren gewährt werden und den Höchstbetrag von 200 000 EUR nicht überschreiten, werden nicht als staatliche Beihilfen gemäß AEUV betrachtet. Die EU-Länder müssen sich vergewissern, dass der Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten De-minimis-Beihilfen eines Mitgliedstaates im Zeitraum von drei Steuerjahren 200 000 EUR nicht übersteigt.	<i>de minimis rule</i>
Donauraum	Der Donauraum ist einer der sechs <u>Interreg B-Programmräume</u> mit deutscher Beteiligung. Weitere Programmräume sind der <u>Alpenraum</u> , <u>Mittleuropa</u> , <u>Nordwesteuropa</u> , der <u>Nordseeraum</u> und der <u>Ostseeraum</u> . Der Donauraum besteht aus folgenden Regionen: Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Moldau, Montenegro, Österreich, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und einige Regionen von Westukraine sowie Bayern und Baden-Württemberg.	<i>Danube Region</i>

ESI-Fonds , ESIF	Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) bestehen aus fünf Fonds: dem <u>Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)</u> , dem <u>Europäischen Sozialfonds (ESF)</u> , dem Kohäsionsfonds, dem <u>Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)</u> und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Das gemeinsame Ziel der Investitionen im Rahmen der ESI-Fonds ist die Unterstützung der Umsetzung der Europa 2020-Strategie der EU für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.	<i>ESI Funds</i>
Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ)	Siehe <u>Interreg</u>	<i>European Territorial Cooperation (ETC)</i>
Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	Eine auf dem Gemeinschaftsrecht basierende juristische Organisationsform zur Erleichterung und Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Zweck der Vereinigung soll sein, die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder zu erleichtern oder zu fördern, indem Mittel, Tätigkeiten oder Erfahrungen zusammengeschlossen werden. Eine EWIV kann von Gesellschaften und anderen Einheiten des öffentlichen oder privaten Rechts nach dem nationalen Recht eines EU-Landes gebildet werden. Eine EWIV muss aus mindestens zwei Mitgliedern aus verschiedenen Mitgliedstaaten bestehen.	<i>European Economic Interest Grouping (EEIG)</i>
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ist einer der <u>Europäischen Struktur- und Investitionsfonds</u> und soll durch Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen <u>Zusammenhalt</u> in der Europäischen Union stärken. Der EFRE fördert neben Investitionen in weniger entwickelte Regionen, Übergangsregionen und weiter entwickelten Regionen auch die <u>territoriale Zusammenarbeit</u> .	<i>European Regional Development Fund (ERDF)</i>
Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)	Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) wird entsprechend den Zielen und dem strategischen Rahmen der Gemeinschaftspolitik zur Entwicklung des ländlichen Raums eingesetzt. Er trägt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des land- und forstwirtschaftlichen Sektors, der Umwelt und der Kulturlandschaft, der Lebensqualität in ländlichen Gebieten und zur Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft bei. Der Fonds ergänzt nationale, regionale und lokale Maßnahmen, die zu den Schwerpunkten der Gemeinschaft beitragen.	<i>European Agriculture Fund for Rural Development (EAFRD)</i>

Europäischer Sozialfonds (ESF)	Der ESF ist ein einer der <u>Europäischen Struktur- und Investitionsfonds</u> und investiert in Menschen, um die Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten in der gesamten EU zu verbessern. Zwischen 2014 und 2020 stehen insbesondere benachteiligte Gruppen und junge Menschen im Mittelpunkt. Der ESF konzentriert sich auf verschiedene zentrale Themen, darunter Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte, soziale Inklusion und Bekämpfung von Armut, Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen, Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Effizienz der öffentlichen Verwaltung.	<i>European Social Fund (ESF)</i>
Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)	Eine juristische Organisationsform europäischen Rechts mit dem Ziel, die <u>grenzüberschreitende, transnationale oder interregionale Zusammenarbeit</u> innerhalb der EU zu fördern. Er ermöglicht regionalen, kommunalen oder nationalen Behörden, öffentlichen Unternehmen sowie Akteuren privaten Rechts aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten die Einrichtung von Verbänden mit eigener Rechtspersönlichkeit zur Erbringung gemeinsamer Leistungen. Die Mitgliedstaaten müssen die Teilnahme potentieller Mitglieder in ihren jeweiligen Ländern genehmigen. Die Ziele und Aufgaben des EVTZ werden in einer bindenden Kooperationsübereinkunft festgelegt, die auf Initiative der Mitglieder ausgearbeitet wird. Ein EVTZ kann von der EU kofinanzierte Programme sowie grenzüberschreitende Kooperationsprojekte mit oder ohne EU-Finanzierung durchführen. In der Regel verfügt er über Mitglieder in mindestens zwei Mitgliedstaaten.	<i>European Grouping of Territorial Cooperation (EGTC)</i>
Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI)	Das ENI ist ein Finanzierungsinstrument der EU und strebt die Schaffung eines Raums des gemeinsamen Wohlstands und der guten Nachbarschaft zwischen der EU und den Partnerländern an. Das ENI stellt den Großteil der Mittel für die 16 Partnerländer bereit, die an der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) beteiligt sind, damit sollen die Beziehungen zu den Begünstigten durch bilaterale Programme, Mehrländerprogramme und Programme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gestärkt werden.	<i>European Neighbourhood Instrument (ENI)</i>

Europäisches Raumbeobachtungsnetzwerk (ESPON)	Das Europäische Raumbeobachtungsnetzwerk wurde 2002 von den EU-Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission gegründet, um die <u>Wissens- und Informationsgrundlagen</u> der europäischen Raumentwicklungspolitik zu verbessern. Das Netzwerk ist eines der Programme der <u>interregionalen Zusammenarbeit (Interreg C)</u> , die im Rahmen des Ziels "Europäische territoriale Zusammenarbeit" der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union gefördert werden. Neben den EU-Mitgliedsstaaten nehmen die Nachbarstaaten Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und Island am Programm teil. Die Umsetzung des ESPON-Programmes in der Periode bis 2020 wird grundsätzlich von einem <u>EVTZ</u> durchgeführt. Die deutsche ESPON-Kontaktstelle ist das <u>BBSR</u> .	<i>European Spatial Planning Observation Network (ESPON)</i>
Fachübergreifende Zusammenarbeit	Eine Kooperation, an der mehrere Fachpolitiken beteiligt sind, um ein übergeordnetes Ziel zu erreichen. Viele Faktoren können miteinander in Zusammenhang stehen, sie können sich gegenseitig beeinflussen. Um diese externen Wirkungen anderer Fachpolitiken zu internalisieren, können sich Akteure verschiedener Berufsgruppen und Fachpolitiken zusammenschließen, um gemeinsam auf ein Ziel hin zu arbeiten. Die Entwicklung in einer Region oder Stadt erfordert häufig eine Zusammenarbeit verschiedener Fachbereiche.	<i>cross-sectoral cooperation</i>
Factsheet	Siehe <u>Programmhandbuch</u>	<i>fact sheet</i>
Federführender Begünstigter	Siehe <u>Leitpartner</u>	<i>lead beneficiary</i>
Federführender Partner	Siehe <u>Leitpartner</u>	<i>lead partner</i>
Förderfähige Ausgaben	Ausgaben, die im Rahmen der <u>EFRE-Kofinanzierung</u> eine finanzielle Förderung erhalten können. Die Förderfähigkeit der Ausgaben ist im <u>Programmhandbuch/Factsheet</u> detailliert erklärt.	<i>eligible costs</i>
Förderfähigkeitskriterien	Die Kriterien, die erfüllt werden müssen, um ein Projekt im Rahmen des <u>Programms</u> zu finanzieren. Es wird im Auswahlverfahren geprüft, ob die Kriterien erfüllt werden und das Projekt bei der inhaltlichen Prüfung berücksichtigt werden kann.	<i>eligibility criteria</i>
Förderrate	Siehe <u>Kofinanzierung</u>	<i>grant rate</i>
Fördervertrag	Eine verbindliche Vereinbarung zwischen der <u>Verwaltungsbehörde</u> des Programms und dem <u>Leitpartner</u> zur Umsetzung des Projektes und die bereitgestellten Fördermittel.	<i>subsidy contract (SC)</i>

Fortschrittsbericht	Ein von den <u>Projektpartnern</u> in regelmäßigen Abständen erstelltes Dokument zu den durchgeführten Tätigkeiten und erzielten Ergebnissen und die dadurch entstehenden Ausgaben für den <u>Berichtszeitraum</u> .	<i>Progress Report</i>
Gemeinkosten	Gemeinkosten sind die Kosten, die in der Kostenrechnung einem bestimmten Projekt nicht direkt zugeordnet werden können (z. B. Miete, Energie, Abschreibungen). Gemeinkosten sind in Projekten der <u>territorialen Zusammenarbeit</u> meistens nur begrenzt oder pauschal förderfähig.	<i>overhead costs, overheads</i>
Gemeinsames Sekretariat	Eine Organisationseinheit, die die Umsetzung des <u>Programmes</u> unterstützt. Das Sekretariat hilft <u>Projektpartnern</u> bei der Projektvorbereitung und -umsetzung, kümmert sich um die tägliche Umsetzung des Programms und bietet <u>Verwaltungsbehörde</u> und <u>Begleitausschuss</u> bei der Auswahl und Umsetzung der Projekte Expertise und Unterstützung.	<i>Joint Secretariat (JS)</i>
Genehmigung	Die Genehmigung eines Projektes, um <u>EFRE-Kofinanzierung</u> zu erhalten, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Einige Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit es zu einer späteren Genehmigung und damit Umsetzung des Projekts kommen kann. Zunächst müssen alle <u>Förderfähigkeitskriterien</u> erfüllt werden, u. a. Lage im Fördergebiet, Mindestzahl an beteiligten Staaten, Vorlage aller nationalen <u>Kofinanzierungserklärungen</u> , Vollständigkeit des Antrags und Übereinstimmung mit den EU-Regeln zur Förderfähigkeit der Ausgaben. Die wichtigsten inhaltlichen Kriterien sind in allen <u>Kooperationsräumen</u> ähnlich: Projekte sollen einen Beitrag zur <u>räumlichen Entwicklung</u> leisten und einen <u>fachübergreifenden Ansatz</u> verfolgen und breit anwendbar sein. Die Projekte sollen so ausgerichtet sein, dass sie zu konkreten, erkennbaren und nachhaltigen Ergebnissen führen. Die Chancen auf eine Genehmigung steigen für Projekte, wenn sie Investitionen von transnationaler Relevanz durch Machbarkeitsstudien o. ä. vorbereiten sowie Pilotaktionen und –investitionen durchführen. <u>Projektantragsunterlagen</u> können beim <u>Programmsekretariat</u> des jeweiligen <u>Kooperationsraums</u> angefordert und/oder auf den Websites heruntergeladen werden.	<i>approval</i>

Generaldirektion Regionalpolitik (GD REGIO)	<p>GD REGIO bezeichnet die Generaldirektion Regionalpolitik der EU-Kommission. Ihr Ziel ist eine effiziente und effektive Regionalpolitik, die von konkretem Nutzen für die Bürger ist und die notwendigen Bedingungen für eine erfolgreiche Erweiterung der EU schafft. Die GD REGIO ist zuständig für die Umsetzung der in dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU verankerten Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen <u>Zusammenhalts</u>.</p>	<p><i>DG REGIO</i></p>
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	<p>oder Interreg A. Schwerpunkt über welches das Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union umgesetzt wird. Im Rahmen dieses Programmes werden Projekte gefördert, an denen Partner aus zwei oder mehr Staaten beteiligt sind, die sich in einem gemeinsamen Grenzraum befinden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen benachbarten Grenzregionen zielt darauf ab, eine grenzüberschreitende soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie den Schutz der Umwelt durch gemeinsame Strategien und Aktivitäten zu fördern. Neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umfasst die <u>europäische territoriale Zusammenarbeit</u> transnationale (Interreg B) und interregionale (Interreg C) Programme (<u>Interreg Europe</u>, <u>INTERACT</u>, <u>URBACT</u>, <u>ESPON</u>).</p>	<p><i>cross-border cooperation</i></p>
Instrument für Heranführungshilfe (IPA)	<p>Das Instrument für Heranführungshilfe (IPA) ist ein Finanzierungsinstrument für den Heranführungsprozess an die EU. Die Hilfe wird Beitrittskandidaten gewährt. Das IPA fördert den Übergang und den Aufbau von Institutionen, eine regionale Entwicklung, die Entwicklung von Humanressourcen, die Entwicklung des ländlichen Raums und eine grenzübergreifende, transnationale Zusammenarbeit.</p>	<p><i>Instrument for Pre-Accession Assistance (IPA)</i></p>
Intelligente Spezialisierung	<p>Die europäische Strukturfondsförderung orientiert sich ab 2014 noch mehr an den Stärken der jeweiligen Region. Dazu werden regionale Schwerpunkte im Dialog mit relevanten Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in einem Bottom-Up-Prozess auf Basis einer Stärken-Schwächen-Analyse ermittelt. Jede Region soll im Rahmen einer „smart specialisation strategy“ ihre Alleinstellungsmerkmale identifizieren und sich im globalen Wettbewerb positionieren. Spezifische, maßgeschneiderte Konzepte sollen den Strukturwandel in den Regionen unterstützen. Dadurch soll eine stärkere Fokussierung der öffentlichen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovationen und eine höhere Effektivität der eingesetzten Fördermittel erreicht werden.</p>	<p><i>smart specialisation strategy</i></p>

INTERACT	INTERACT ist ein Programm der <u>interregionalen Zusammenarbeit</u> (Interreg C), das im Rahmen des Ziels "Europäische territoriale Zusammenarbeit" der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union gefördert wird und an dem alle EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und die Schweiz beteiligt sind. Es unterstützt den Austausch von Ideen, Informationen und bewährten Verfahren zwischen den <u>Kooperationsprogrammen</u> und soll Programmergebnisse besser sichtbar machen.	<i>Interact</i>
Interessenbekundung	Ein relativ kurzes, aber entscheidendes Dokument, in dem das Ziel des <u>Projekts</u> , das vorgesehene Budget, die Tätigkeit, deren Standort und der Kooperationsraum beschrieben sowie die vorgesehenen Leistungen und Ergebnisse und die Struktur der Partnerschaft dargestellt werden. Es muss in der 1. Stufe eines zweistufigen Antragsverfahrens eingereicht werden. Ein Vollertrag kann nur eingereicht werden, wenn die Interessenbekundung in der ersten Stufe vom Begleitausschuss/Lenkungsausschuss genehmigt wurde.	<i>concept note, expression of interest</i>
Interreg	Interreg ist die vielfach verwendete und eingespielte Bezeichnung für das Förderziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (ETZ) der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union. Interreg A fördert eine grenzübergreifende Zusammenarbeit benachbarter Gebiete, um einen gemeinsamen Lebens-, Natur- und Wirtschaftsraum zu schaffen und die Grenzregionen nachhaltig zu stärken. Interreg B fördert die transnationale Zusammenarbeit mit dem Ziel einer integrierten territorialen Entwicklung in mehreren europäischen Kooperationsräumen. Bei Interreg C stehen die interregionale Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch auch zwischen entfernt liegenden Regionen im Vordergrund mit dem Ziel, in Gebieten mit Entwicklungsrückstand oder Umbrüchen Netzwerke aufzubauen.	<i>Interreg</i>
Interreg A	Siehe <u>grenzüberschreitende Zusammenarbeit</u>	
Interreg B	Siehe <u>transnationale Zusammenarbeit</u>	
Interreg C	Siehe <u>interregionale Zusammenarbeit</u>	

Interreg Europe	Interreg Europe ist eines der Programme <i>der interregionalen Zusammenarbeit</i> (Interreg C), die im Rahmen des Ziels <i>"Europäische territoriale Zusammenarbeit"</i> der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union gefördert werden. Es zielt darauf ab, die Umsetzung von Regionalentwicklungspolitiken und -programmen, insbesondere von Investitionsprogrammen für Wachstum und Beschäftigung und Programmen der europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) zu verbessern. Durch <i>Kofinanzierung</i> von Projekten und thematischen Plattformen ermöglicht es regionalen und lokalen Behörden und anderen Akteuren der Regionalentwicklung in ganz Europa Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Lösungen zur Verbesserung von Strategien zu finden.	<i>Interreg Europe</i>
Interregionale Zusammenarbeit	oder Interreg C. Schwerpunkt über welches das Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" der Struktur- und Investitionspolitik der Europäischen Union umgesetzt wird. Das Programm hat einen räumlichen Bezug zur gesamten EU und deren Partnerländer. Programme der interregionalen Zusammenarbeit fördern den Erfahrungsaustausch und Netzwerke in der gesamten EU. Programme der interregionalen Zusammenarbeit sind <i>ESPON, INTERACT, URBACT</i> und <i>Interreg Europe</i> .	<i>interregional cooperation</i>
Kapitalisierung von Ergebnissen	Aktivität eines <i>Projektes/Programmes</i> , um die Weiterverwertung der Ergebnisse eines <i>Projektes/Programmes</i> zu fördern. Über die unmittelbare Veröffentlichung von Ergebnissen hinaus sollen Kapitalisierungsaktivitäten bewirken, dass Ergebnisse von Zielgruppen verwendet werden, auch wenn sie am Projekt nicht beteiligt waren.	<i>capitalisation of results</i>
Kleinere Infrastrukturinvestitionen	Programme der <i>transnationalen Zusammenarbeit</i> haben das Ziel, aufgrund gemeinsamer Probleme und Chancen die territorialen Integration zu fördern. Sie gehören nicht zu den Programmen der EU-Kohäsionspolitik, die grundlegende infrastrukturelle Maßnahmen fördern. Jedoch auch bei Projekten der transnationalen Zusammenarbeit können Infrastrukturinvestitionen mit Einschränkungen gefördert werden, wenn sie zu den Zielen der Zusammenarbeit beitragen. Aufgrund der begrenzten finanziellen Ressourcen können nur kleinere Infrastrukturen finanziert werden. Autobahnen, Straßen und ähnliche Infrastrukturen sind ausgeschlossen. Die ausgewählten Investitionen müssen konkrete, sichtbare und innovative Ergebnisse im Sinne des Kooperationsprojektes zeigen.	<i>small-scale infrastructure investment</i>

Kofinanzierung	Kofinanzierung ist die finanzielle Unterstützung zu einem Projekt aus Mitteln (<u>EFRE</u>) des Programmes. Die Förderrate ist der Anteil der förderfähigen Ausgaben des Projektes bzw. des Partners, der von der EU bzw. aus dem <u>Programm</u> finanziert wird.	<i>cofinancing rate</i>
Kofinanzierungsbestätigung	Eine schriftliche offizielle Erklärung des <u>Projektpartners</u> , dass er die finanziellen Kapazitäten besitzt, das Projekt umzusetzen und den Eigenanteil des Budgets zu finanzieren. Sie muss mit der Einreichung des Vollantrags (in der 2. Stufe eines Antragsverfahrens) vorgelegt werden.	<i>cofinancing statement</i>
Kontaktstelle	Erste Anlaufstelle für Projektpartner und Programminteressierte in den Mitgliedsstaaten. Die nationalen Kontaktstellen stehen Projektantragsstellern vor der Einreichung des Antrags und während der gesamten Projektumsetzung als Ansprechpartner für technische und inhaltliche Fragen zur Seite. Sie stehen zudem in engem Kontakt und regelmäßigem Austausch mit den anderen nationalen Kontaktstellen des <u>Programms</u> , dem <u>Programmsekretariat</u> (JS) sowie mit den regionalen und nationalen Vertretern. Die Durchführung von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zählt ebenfalls zu ihren Aufgaben.	<i>Contact Point</i>
Kontrolle auf der ersten Ebene	Autorisierte Stelle, welche die Ausgaben prüft, die der <u>Projektpartner</u> in regelmäßigen Abständen in einem Finanzbericht darlegt. Diese unabhängige Stelle prüft u. a., ob die Höhe der geltend gemachten Ausgaben korrekt ist oder ob alle Ausgaben in Einklang mit den gemeinschaftlichen und nationalen Rechtsvorschriften stehen. Sie stellt eine <u>Bescheinigung der Förderfähigkeit der Ausgaben</u> aus, die für die Erstattung der Kosten notwendig ist. Manche Mitgliedstaaten haben ein zentralisiertes System, bei dem die Prüfung auf nationaler/regionaler Ebene i. d. R. von einer öffentlichen Verwaltungsbehörde durchgeführt wird. Andere Staaten (wie z. B. Deutschland) haben ein dezentralisiertes System, bei dem Projektpartner einen internen oder externen Prüfer aus dem öffentlichen oder privaten Bereich (z. B. Wirtschaftsprüfungsbüros, Rechnungsprüfungstellen) für diese Aufgabe beauftragen können. Auf jeden Fall muss die Einrichtung von legitimierten Stellen im Mitgliedstaat bestätigt werden.	<i>first level control (FLC)</i>

Kontrolle auf der zweiten Ebene	<p>Die Kontrolle auf der zweiten Ebene ist Teil des Finanzkontrollsystems für ein Programm und soll die Richtigkeit der Finanzkontrollen gewährleisten.</p> <p>Als Teil der Kontrolle werden Stichprobenkontrollen vor Ort von einer externen Stelle von der Prüfbehörde geführt. Die zu prüfenden Projekte werden auf der Grundlage eines statistischen Stichprobenverfahrens ausgewählt.</p>	<i>second level control (SLC)</i>
Kooperationsprogramm	<p>Die <u>europäische territoriale Zusammenarbeit</u> im Rahmen der europäischen Strukturfondsförderung wird auf der Basis von Kooperationsprogrammen umgesetzt. Für jeden <u>Programmraum</u> wird von den Vertretern der nationalen und regionalen Behörden der beteiligten Mitgliedsländer ein Kooperationsprogramm erstellt und bei der Europäischen Kommission eingereicht; es ist also Ergebnis nationaler und transnationaler Konsultationen auf der Grundlage eines breitgefächerten Dialogs, an dem die institutionellen Partner von nationalen, regionalen und lokalen Behörden beteiligt sind. Die Kooperationsprogramme müssen die Kriterien der allgemeinen gemeinsamen Bestimmungen über die Europäischen Struktur- und Investitionsfondsverordnung und der ETZ-Verordnung, die gemeinschaftlichen Leitlinien zur <u>Kohäsion</u> und die in den Partnerschaftsvereinbarungen aufgeführten Anforderungen beachten. Sie stellen die Rechtsgrundlage der Förderung dar und benennen die Prioritäten und Finanzierungspläne für den Einsatz der <u>Fonds</u>.</p>	<i>Cooperation Programme(CP)</i>
Kooperationsraum	Siehe <u>Programmraum</u>	<i>cooperation area, programme area</i>
Länderübergreifend	<p>Eine Kooperation, in der Akteure aus verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU beteiligt sind. Es ist ein wichtiges Merkmal von <u>Interreg</u>. In den transnationalen Projekten arbeiten jedoch nicht nur regionale und lokale Behörden grenzüberschreitend miteinander. Auch Wirtschafts- und Sozialinstitutionen, europäische Interessenvereinigungen, Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Bürgern schließen sich im Rahmen von Interreg zusammen, um gemeinsam auf transnationaler Ebene die zukunftsweisende Raumentwicklung voranzutreiben.</p>	<i>transnational</i>

Leitpartner	Projektteilnehmer, der die gesamte Verantwortung für den Antrag und die Umsetzung des Projektes trägt. Zwei vertragliche Grundlagen binden den Leitpartner: der Fördervertrag mit der Verwaltungsbehörde und die Partnerschaftsvereinbarung zwischen den Projektteilnehmern. Er ist auch verantwortlich für die regelrechte Abrechnung des Projektes, führt die Sach- und Finanzberichte der Partner zusammen und überweist die von der <u>Verwaltungsbehörde</u> erstatteten, anteiligen fälligen <u>EFRE</u> -Fördermittel an die einzelnen <u>Partnern</u> .	<i>lead partner (LP)</i>
Lenkungsausschuss	Der Lenkungsausschuss trifft im Konsens die endgültige Entscheidung zur Förderung der Projekte und setzt sich aus nationalen und regionalen Vertretern der beteiligten Staaten des jeweiligen <u>Kooperationsraumes</u> zusammen. Ein separater Lenkungsausschuss wurde nur im <u>Nordseeraum</u> und in <u>Nordwesteuropa</u> eingesetzt.	<i>Steering Committee</i>
Lohnkosten	Siehe <u>Personalkosten</u>	<i>staff costs</i>
Makroregionen	Staatenübergreifende Räume, die sich nicht vorrangig über Verwaltungsgrenzen, sondern über Themenzusammenhänge abgrenzen. Makroregionen umfassen mehrere Verwaltungsregionen, die genügend gemeinsame Themen aufweisen, um ein einheitliches strategisches Konzept zu rechtfertigen. Ziel der Makroregionen soll es sein, vorhandene Ressourcen effektiver zu nutzen, z. B. im Bereich Energie, Umweltschutz, Verkehr und Sicherheitspolitik. Gemeinsame Ziele der Makroregionen werden in makroregionalen Strategien unter Federführung der Europäischen Kommission festgelegt. In Europa werden makroregionale Strategien nicht flächendeckend erarbeitet. Zur Zeit gibt es makroregionale Strategien für den Ostseeraum, den Donauraum und den Adriatisch-Ionischen Raum. Eine Strategie für den Alpenraum ist in Vorbereitung.	<i>macroregions</i>
Mitteuropa	Mitteuropa ist einer der sechs Interreg B-Programmräume mit deutscher Beteiligung. Weitere Programmräume sind der <u>Alpenraum</u> , der <u>Donauraum</u> , <u>Nordwesteuropa</u> , der <u>Nordseeraum</u> und der <u>Ostseeraum</u> . Der Programmraum Mitteleuropa besteht aus folgenden Regionen: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, sowie Kroatien, Österreich, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn und einige Regionen Norditaliens.	<i>Central Europe</i>

multi-level governance	„Multi-level governance“ ist eine Form der dauerhaften Zusammenarbeit, in der Akteure verschiedener vertikaler territorialer Ebenen (EU-, nationale, regionale, lokale Ebene) vertreten sind.	<i>multi-level governance</i>
Nationale Kofinanzierung	Anteil des Projektbudgets (Programmbudgets), der nicht aus dem <u>ESI-Fonds</u> finanziert wird. Es kann aus lokalen, regionalen oder nationalen öffentlichen oder privaten Mitteln finanziert werden. Die Kofinanzierungsverfahren sind in den verschiedenen Mitgliedsstaaten unterschiedlich. In Deutschland wird die Kofinanzierung im Allgemeinen vom <u>Partner</u> selbst aufgebracht.	<i>national co-funding</i>
Nationaler Ausschuss	Der nationale Ausschuss setzt sich aus Vertretern der Bundesländer, des Bundes und z. T. auch der Sozialpartner zusammen, die im jeweiligen <u>Kooperationsraum</u> beteiligt sind. Diese geben eine nationale Vorbewertung der eingereichten Projektanträge ab. Er entwickelt eine gemeinsame Position zu allen Angelegenheiten der transnationalen Programme, insbesondere auch zu den eingereichten Projektanträgen, die zur Vorbereitung der Position der deutschen Delegation in den transnationalen Gremien dient.	<i>national committee</i>
Nordseeraum	Der Nordseeraum ist einer der sechs Interreg B-Programmräumen mit deutscher Beteiligung. Weitere Programmräume sind der <u>Alpenraum</u> , der <u>Donauraum</u> , <u>Mitteuropa</u> , <u>Nordwesteuropa</u> und der <u>Ostseeraum</u> . Der Nordseeraum umfasst folgende Regionen: Dänemark, Norwegen, die östlichen Regionen des Vereinigten Königreichs, die nordwestlichen Regionen von Belgien und den Niederlanden, die südwestlichen Regionen von Schweden und in Deutschland Bremen, Hamburg, Niedersachsen Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Weser-Ems und Schleswig-Holstein.	<i>North Sea Region</i>
Nordwesteuropa	Nordwesteuropa ist einer der sechs Interreg B-Programmräume mit deutscher Beteiligung. Weitere Programmräume sind der <u>Alpenraum</u> , der <u>Donauraum</u> , <u>Mitteuropa</u> , der <u>Nordseeraum</u> und der <u>Ostseeraum</u> . Der Programmraum Nordwesteuropa besteht aus folgenden Regionen: Belgien, Luxemburg, Irland, Vereinigtes Königreich, nördliche Regionen Frankreichs, südliche Regionen der Niederlande sowie in Deutschland aus Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und aus den Regionen Oberfranken, Mittelfranken und Schwaben.	<i>North-West Europe</i>
NUTS	Siehe <u>Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik</u>	<i>NUTS</i>

Operationelles Programm	Siehe <u>Kooperationsprogramm</u>	<i>Operational Programme</i>
Ostseeraum	Der Ostseeraum ist einer der sechs Interreg B-Programmräume mit deutscher Beteiligung. Weitere Programmräume sind der <u>Alpenraum</u> , der <u>Donauraum</u> , <u>Mitteleuropa</u> , der <u>Nordseeraum</u> und <u>Nordwesteuropa</u> . Der Ostseeraum besteht aus folgenden Regionen: Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Schweden, Weißrussland, einigen westlichen Regionen Russlands sowie in Deutschland aus den Regionen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und die Region Lüneburg.	<i>Baltic Sea Region</i>
Partnerschaftsvereinbarung	Vereinbarung zwischen dem <i>Leitpartner</i> und den <u>Projektpartnern</u> , in der alle Pflichten und die Verantwortlichkeiten der Partner zur Umsetzung des Projektes geregelt sind. Das Format ist in der Regel vom Programm vorgegeben.	<i>Partnership Agreement (PA)</i>
Personalkosten	Die Kosten des angestellten Personals für die Zeit, in der die Angestellten in Zusammenhang mit den Projektaktivitäten beschäftigt sind. Es beinhaltet den tatsächlichen Bruttoarbeitslohn und Sozialabgaben des Arbeitgebers. Wie Projektpartner Personalkosten abrechnen können, ist in den Programmen unterschiedlich. Detaillierte Informationen über Personalkosten werden in den jeweiligen <u>Programmhandbücher/Factsheets</u> der Programmräume beschrieben.	<i>staff costs</i>
Pilotprojekt	Pilotprojekte sind beispielhafte praktische Maßnahmen im Kontext eines transnationalen Projektes mit dem Ziel, strategische Maßnahmen und Werkzeuge, die in den Partnerregionen entwickelt wurden, in der Praxis zu testen.	<i>pilot activities</i>
Priorität	In den <u>Kooperationsprogrammen</u> werden transnationale Prioritäten für den jeweiligen <i>Programmraum</i> durch die beteiligten Länder zur Weiterentwicklung des jeweiligen Programmraums festgelegt. Werden Projekte in einem Programmraum beantragt, so ist der Bezug zu den Prioritäten neben anderen Kriterien zwingende Voraussetzung für die Bewilligung.	<i>priority</i>
Programmausschuss	Siehe <u>Begleitausschuss</u>	<i>Programme Committee</i>

Programmhandbuch	Ein Dokument mit den wichtigsten Informationen zu einem Programm (z. B. Projektauswahl, Projektumsetzung, Projektabschluss). Im <u>Alpen-</u> und im <u>Nordsee-raum</u> finden sich diese Informationen in Factsheets wieder. Eine Sammlung von Factsheets ist in dem Handbuch zur Programmumsetzung (Programme Implementation Handbook) zu finden.	<i>fact sheet, Programme Manual</i>
Programmraum	Die Region, für die ein <u>Kooperationsprogramm</u> gültig ist. Die geographische Abgrenzung ist im Kooperationsprogramm abgegrenzt und festgelegt. Die Förderfähigkeit der Tätigkeiten ist grundsätzlich auf den Kooperationsraum begrenzt. Ausnahmen außerhalb eines Kooperationsraums sind eng begrenzt und sollten frühzeitig abgeklärt werden. In Deutschland sind Einrichtungen, die ihren Sitz zwar außerhalb eines Kooperationsraums haben, aber für Aufgaben innerhalb des Programmraums zuständig sind, grundsätzlich förderfähig.	<i>programme area, cooperation area</i>
Projekt	Eine zeitlich befristete, relativ innovative Aufgabe mit einem festgelegten Ziel und geplanten Kosten sowie Zeitrahmen. Die Form, wie ein Projekt der <u>transnationalen Zusammenarbeit</u> geplant und umgesetzt werden muss und die Kriterien, die ein Projekt erfüllen muss, um eine <u>EFRE</u> Kofinanzierung zu erhalten, sind in den Interreg-Programmen festgelegt.	<i>project</i>
Projektaufruf	Als Projektaufruf oder „Call“ wird der Zeitraum bezeichnet, in dem potenzielle <i>Projektpartner</i> ihre Projektanträge beim zuständigen Programmsekretariat einreichen können. Die Häufigkeit der Projektaufrufe variiert je nach Programmraum und liegt zwischen ein- und zweimal jährlich. Die Termine werden auf der Website des <i>BBSR</i> veröffentlicht. Die notwendigen Unterlagen und Termine für die Antragstellung stehen auf den jeweiligen Programm-Websites bereit.	<i>call for project proposals</i>

Projektauswahl	<p>Die eingereichten Projektanträge werden zunächst durch die zuständigen <u>Programmsekretariate</u> (Joint Secretariat - JS) auf Förderfähigkeit überprüft und inhaltlich vorbewertet. Die Entscheidung trifft dann der zuständige <u>Programmausschuss</u>, der sich aus nationalen und regionalen Vertretern der beteiligten Staaten zusammensetzt. Für Deutschland wirken jeweils Vertreter von Bund und Ländern in den Gremien mit. Sie haben sich im Vorfeld mit ihren <u>Kollegen</u> aus den am Programm beteiligten Bundesländern sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern über die Bewertung der Projekte verständigt. Der transnationale Ausschuss (<u>Begleit-</u> oder <u>Lenkungsausschuss</u>) kann der Empfehlung des Sekretariats folgen, kann aber auch eine abweichende Beurteilung vornehmen.</p> <p>Siehe auch <u>Genehmigung</u></p>	<i>selection, selection criteria</i>
Projektbörse	<p>Plattform, wo Ideen zu möglichen Projekten ausgetauscht werden um ggf. förderfähige <u>Projekte</u> zu entwickeln.</p>	<i>project fair</i>
Projektlaufzeit	<p>Zeitraumen, in dem ein <u>Projekt</u> umgesetzt wird und in dem die in diesem Zeitraum vorgenommenen, projektbezogenen Ausgaben aus Programmmitteln gefördert werden können.</p>	<i>implementation period</i>
Projektpartner	<p>Alle Partner, die im Projektantrag aufgelistet werden, außer dem <u>Leitpartner</u> (lead partner)</p>	<i>project partner (PP)</i>
Projektträger	<p>Siehe <u>Projektpartner</u></p>	<i>project partner</i>
Prüfbehörde	<p>Organisation, welche die Finanzangaben des <u>Kooperationsprogrammes</u> überprüft, um die Richtigkeit und Rechtllichkeit der Förderanträge zu sichern. Die Prüfbehörde muss über eine Prüfstrategie verfügen, deren Umsetzung auch die delegierten Prüfer der Mitgliedsstaaten unterstützen.</p>	<i>Audit Authority</i>
Prüfpfad	<p>Verfahren, das sicherstellt, dass Buchführungsunterlagen, Belege bei den verschiedenen Akteuren der Umsetzung (<u>Projektpartner</u>, zwischengeschaltete Stellen, Bescheinigungsbehörde, <u>Verwaltungsbehörde</u>) dokumentiert bzw. aufbewahrt werden und dass die Ausgaben nachvollziehbar nachgeprüft werden können.</p>	<i>audit trail</i>

Räumliche Entwicklung	<p>Das Hauptanliegen der Territorialen Agenda der Europäischen Union und des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK) ist die territoriale <i>Kohäsion</i> durch <i>transnationale Zusammenarbeit</i>. Das heißt der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt in der EU sowie die harmonische und ausgewogene Entwicklung des europäischen Raumes sollen vorangetrieben werden ohne die regionale Vielfalt einzuschränken. EU-Förderprogramme wie Interreg und <i>das Raumbereobachtungsnetzwerk ESPON</i> sind dabei wichtige Instrumente zur Umsetzung der Ziele. Denn die transnationale Zusammenarbeit trägt so nicht nur zum Abbau regionaler Unterschiede bei, sondern fördert auch die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen.</p>	<i>territorial development, spatial development</i>
Spezifisches Ziel	<p>In den Kooperationsprogrammen sind die Ziele nach vorgegebener Hierarchie festgelegt. In diesem Zielsystem sind <i>Prioritäten</i> in spezifischen Zielen unterteilt, die die Themen der Prioritäten weiter vertiefen.</p> <p>früher: Maßnahmenbereich/area of intervention</p>	<i>specific objective</i>
Strukturfonds	<p>Siehe <i>ESI Fonds</i></p>	<i>Structural Funds</i>
Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik	<p>Die regionale Untergliederung der Europäischen Raumbereobachtung basiert auf der von Eurostat bereitgestellten Nomenklatur statistischer Gebietseinheiten. Diese wurde erstmals 1981 mit dem Ziel einer Aufgliederung der Gebietseinheiten für regionalstatische Zwecke entwickelt. Sie basiert im Wesentlichen auf den institutionellen Gebietseinheiten in den Mitgliedsstaaten. Die hierarchische Klassifikation der NUTS unterteilt die Mitgliedsstaaten in die drei Ebenen NUTS 1, 2 und 3. Jedes Mitgliedsland ist in eine oder mehrere NUTS 1-Regionen unterteilt, die ihrerseits in NUTS 2 und NUTS 3-Regionen untergliedert werden. In Deutschland entspricht die NUTS 1-Ebene den Bundesländern, die NUTS 2-Ebene den Regierungsbezirken, die NUTS 3-Ebene den Kreisen und kreisfreien Städten.</p>	<i>nomenclature of territorial units for statistics (NUTS)</i>

Territoriale Agenda	Ein europäisches Strategiedokument, in dem gemeinsame Ziele für die europäische Raumentwicklung festgelegt worden sind. Es wurde von den für Raumentwicklung und territorialen Zusammenhalt zuständigen MinisterInnen 2007 unter der deutschen Ratspräsidentschaft der EU verabschiedet und 2011 unter der ungarischen Ratspräsidentschaft überarbeitet. Die aktuelle Fassung „Territoriale Agenda der EU 2020“ nimmt sieht u. a. vor, die räumliche Dimension in die Umsetzung der EU2020-Strategie und in die Programme der Förderperiode 2014-2020 einzubinden. Territoriale Integration ist eine der sechs Prioritäten, bei deren Umsetzung die <u>transnationale Zusammenarbeit</u> eine wesentliche Rolle spielt.	<i>Territorial Agenda</i>
transnationale Zusammenarbeit	Die <u>länderübergreifende</u> Kooperation zwischen Akteuren in einem <u>Programmraum</u> mit dem Ziel, eine bessere Integration zwischen den großen Gruppen von Regionen zu erreichen, die ähnliche Merkmale aufweisen. Transnationalität ist das wichtigste Prinzip, dem ein Projekt folgen muss, um eine Förderung im Rahmen der länderübergreifenden Kooperationsprogramme zu erhalten. Formal wird Transnationalität definiert als eine Zusammenarbeit zwischen Partnern aus drei oder mehr Staaten (davon mind. zwei EU-Mitgliedstaaten).	<i>transnational cooperation</i>
Vergabe von Aufträgen	Wenn Einkäufe getätigt werden oder Aufträge an externe Dienstleister vergeben werden, sind öffentliche Vergaberegeln einschließlich der europäischen Gesetzgebung zur öffentlichen Auftragsvergabe, die Regeln des <u>Interreg-Programms</u> sowie der einschlägigen nationalen Vorschriften zu beachten. Diese Regelungen sollen den transparenten und fairen Wettbewerb innerhalb des europäischen Binnenmarktes gewährleisten. Europäische Vergaberichtlinien gelten für Verträge, die völlig oder teilweise aus den <u>ESI Fonds</u> gefördert werden. Angebote für Aufträge müssen in einem objektiven, fairen, offenen und wettbewerbsorientierten Auswahlprozess bewertet werden, und wenn der Preis über bestimmten Werten liegt, muss die Ausschreibung im Amtsblatt der Europäischen Union (EU-Amtsblatt) veröffentlicht werden. Wenn Vergabevorschriften nicht eingehalten werden, müssen Zuwendungen aus den ESI Fonds zurückgezahlt werden.	<i>public procurement</i>

Verwaltungsbehörde	Die Verwaltungsbehörde trägt die Verantwortung für die Verwaltung und Durchführung des <u>Kooperationsprogramms</u> . Als Schnittstelle zwischen der Europäischen Kommission und den beteiligten Staaten und Regionen wirkt und gewährleistet sie die Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften und Richtlinien in der Umsetzung des Programms.	<i>Managing Authority (MA)</i>
Vorbereitungskosten	Kosten, die im Zusammenhang mit der Projektentwicklung und der Antragstellung auftreten. Vorbereitungskosten sind begrenzt förderfähig, d. h. nur wenn die Förderung eines Projektes genehmigt wird. .	<i>preparation costs</i>
Vorfinanzierung	Projekte der territorialen Zusammenarbeit müssen ihre Tätigkeiten finanzieren und bezahlte Ausgaben im Finanzbericht auflisten, um nachträglich eine <u>EFRE-Kofinanzierung</u> im Rahmen des <i>Programmes</i> zu erhalten. Jeder <u>Projektpartner</u> muss seine Ausgaben also zunächst vollständig selbst finanzieren, nur die <u>Berichterstattung</u> und Auszahlung der EFRE-Kofinanzierung wird vom <u>Leitpartner</u> koordiniert.	<i>pre-financing</i>
Wissen, raumbezogenes	Mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages wurde der territoriale <u>Zusammenhalt</u> um das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ergänzt und damit haben räumliche Aspekte mehr Bedeutung in der EU-Kohäsionspolitik gewonnen. EU-geförderte Maßnahmen sollen künftig stärker einem integrierten Ansatz folgen und einen deutlicheren Raumbezug aufweisen. Entsprechend muss die europäische Politik ergebnisorientiert und evidenzbasiert sein. Das verlangt nach spezifischem Wissen und Informationen über den europäischen Raum, seine Regionen und Städte sowie über deren Bedürfnisse und Entwicklungspotenziale.	<i>territorial evidence</i>

Zusammenhalt

Die Städte, Regionen und Länder der Europäischen Union sind funktional miteinander verflochten. Den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt (sog. Kohäsion) dieses Raumes zu stärken, ist Ziel der EU um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern. Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern. Bei den betreffenden Gebieten gilt besondere Aufmerksamkeit den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schweren und dauerhaften, natürlichen oder demografischen Nachteilen. Um dieses Ziel zu erreichen fördert die EU-Regionalpolitik über die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds verschiedene Förderprogramme in der EU. Darunter sind die Programme zur transnationalen Zusammenarbeit ein wichtiges Instrument, um den territorialen Zusammenhalt in Europa zu stärken.

cohesion



Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Herausgeber:

Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31-37 | 53179 Bonn
www.bbsr.bund.de | www.interreg.de

Bearbeitung:

Adam Radvanszki

Stand: August 2015